

Solidarität gefragt in der Krise

Oberbürgermeister
appelliert an
Lüneburger Vermieter,
großzügig zu sein

Lüneburg. Wenn Kunden ausbleiben oder Geschäfte schließen müssen, brechen Einnahmen weg. Zugleich bleiben viele Kosten für die Geschäftsleute bestehen, insbesondere die Miete. „Das kann für viele insbesondere kleinere Ladeninhaber oder Restaurantbetreiber den Ruin bedeuten, insbesondere wenn die Situation länger anhält“, verdeutlicht Lüneburgs Oberbürgermeister Ulrich Mädge und richtet daher einen dringenden Appell an Vermieter: „Seien Sie, wenn es Ihnen möglich ist, kulant. Machen Sie es möglich, dass in Notfällen die Miete verspätet gezahlt wird oder gewähren Sie Nachlässe.“

Zwar hofft Mädge hier auch auf finanzielle Unterstützung von Land und Bund, doch dieses Geld flösse nicht so schnell. „Wir müssen jetzt solidarisch sein und gemeinsam alles dafür tun, dass unsere Wirtschaft so wenig Schaden wie möglich nimmt“, findet der Oberbürgermeister. „Wir alle wollen doch nach der Corona-Krise noch eine belebte Innenstadt haben.“ Eigentümern müsse zudem bewusst sein, dass ihnen ihre normalen Mieteinnahmen nicht nützen, wenn die Geschäfte kaputtgehen und lee-

re Mietflächen zurückbleiben. „Geschäfte, Restaurants und Cafés brauchen eine Chance, auch nach dieser schwierigen Zeit weitermachen zu können.“

Neben Geschäftsleuten seien aber zum Teil auch private Mieter betroffen. Wenn wegen der Corona-Krise Einkommen wegbricht, drohe schnell auch der Verlust der eigenen Wohnung. Hier geht die Lüneburger Wohnungsbau Gesellschaft (Lüwobau) mit gutem Beispiel voran: „Kein Mieter wird, weil er unverschuldet durch die Corona-Pandemie in Zahlungsnot gerät, seine Wohnung verlieren“, versichert Lüwobau-Chefin Heiderose Schäfke klar. Vielmehr werde die Gesellschaft individuelle Lösungen finden. Sie fordert Mieter aber eindringlich dazu auf, wenn sie jetzt in Finanznot geraten, die Lüwobau zu kontaktieren und über die Notlage zu informieren. „Bitte stellen Sie nicht einfach die Mietzahlung ein, wir wissen dann nicht, was los ist.“ Die Lüwobau-Geschäftsstelle sei zwar geschlossen, aber telefonisch, per E-Mail oder per Post weiter erreichbar.

Zugleich hofft die Geschäftsführerin auf einen „Sicher-Wohnen Fonds“ der Bundesregierung, wie ihn der Deutsche Mieterbund und die Wohnungswirtschaft Deutschland gemeinsam fordern. Damit könnten genau diese Notlagen aufgefangen werden. „Erfahrungsgemäß dauert es aber, bis so etwas umgesetzt ist“, weiß Schäfke. lz